

nisterium für Handel an. Damit soll die staatliche Belastung mit Lebensmittelsubventionen drastisch reduziert werden, die in den Jahren 1979-90 rund 214 Mrd. Yuan ausgemacht haben soll. Die Höhe der Subventionen betrug 1990 beispielsweise 0,5 Yuan pro Kilo Getreide. (XNA, 14.11.92) -schü-

*(40)

Neue Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung in Shanghai

Die Shanghaier Stadtregierung hat neue Bestimmungen zur Arbeitslosenversicherung bekanntgegeben. Die Bestimmungen sollen sowohl für alle staatlichen und kollektiveigenen Unternehmen, Auslandsunternehmen und Joint Ventures, Unternehmenszusammenschlüsse, Privatunternehmen sowie Regierungsinstitutionen gelten.

Die Bestimmungen legen fest, daß Arbeiter und Angestellte, die ihren Arbeitsplatz verlieren, Arbeitslosengeld beantragen können. Der Mindestsatz beträgt 75 Yuan pro Monat und wird für einen Zeitraum von zwei Jahren geleistet. Die Zahlungen sollen aus einem noch zu bildenden Arbeitslosenversicherungsfonds erfolgen, der gemeinschaftlich von Unternehmen, Banken und der Regierung gegründet werden soll.

Seit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung im Jahre 1986 soll die Shanghaier Regierung für 410.000 Arbeitslose insgesamt rd. 22 Mio. Yuan gezahlt haben. Derzeit sollen monatlich 12.000 Arbeitslose in Shanghai Arbeitslosengeld beziehen. (XNA, 16.u.17.11.92)

Landesweit besteht noch kein einheitliches Modell für ein Arbeitslosenversicherungssystem, so daß Lokalregierungen mit verschiedenen Versicherungsformen experimentieren. -schü-

Taiwan

*(41)

Durchbruch in den "inoffiziellen" Beziehungen mit der Bundesrepublik

Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann besuchte am 17./18. November Taiwan. Der Besuch, der nur einen Tag dauerte, wurde in Taiwan hoch

bewertet und die einheimische Presse berichtete in großer Aufmachung, da Möllemann neben seiner Funktion als Wirtschaftsminister auch Vizekanzler der Bundesregierung ist. Die Bundesrepublik, die diplomatische Beziehungen zu Beijing unterhält, hat nur inoffizielle Beziehungen zu Taipei. Seit über einem Jahr haben etliche Regierungspolitiker europäischer Staaten wie Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und der Schweiz trotz diplomatischer Beziehungen mit Beijing die Insel Taiwan besucht, um zur Förderung ihrer eigenen Wirtschaftsaufträge im Rahmen des taiwanesischen Sechsjahresplans mit dem gigantischen Investitionsvolumen von 8.200 Mrd. NT\$ (umgerechnet nach jetzigem Wechselkurs rd. 512,5 Mrd. DM) zu beschaffen. Deutsche wie Franzosen und Japaner eifern besonders um Auftragsvergabe beim Bau einer Hochgeschwindigkeitsbahn zwischen Taipei und Kaohsiung (Gaoxiung) mit einem Kostenvorschlag von 430 Mrd. NT\$ (26,9 Mrd. DM). Darüber hinaus haben Taipei und Bonn großes Interesse an einer Luftverkehrsverbindung zwischen Taiwan und Deutschland.

In der 60köpfigen Delegation, die Möllemann begleitete, befanden sich der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr, Wolfgang Gröbl, Thüringens Wirtschaftsminister Jürgen Bohn und viele Repräsentanten deutscher Wirtschaftsunternehmen.

Nach Gesprächen mit seinem Amtkollegen Xiao Wanchang (Vincent Siew), der im letzten September Deutschland besucht hatte, traf Möllemann mit Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun), Verkehrsminister Jian Youxin (Eugene Y.H. Chien), Frau Guo Wanrong (Shirley W.Y. Kuo), der Vorsitzenden des Komitees für Wirtschaftsplanung und Entwicklung (CEPD), Song Chuyu (James C.Y. Soong), dem Generalsekretär der Regierungspartei Guomindang (KMT) und Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang), dem Vorsitzenden der Opposition Minjindang (DPP), zusammen.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Möllemann und Xiao am 18. November in Taipei wurden die folgenden sieben Vereinbarungen bekanntgegeben:

- Errichtung amtlicher Konsultationskanäle und Intensivierung gegenseitiger Besuche, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken;

- Taiwan begrüßt eine aktive Beteiligung deutscher Unternehmen am Sechsjahresplan und gewährleistet vor allem eine offene und gerechte Wettbewerbschance bei der Auftragsverteilung zum Bau der Hochgeschwindigkeitsbahn;
- Einrichtung eines privaten Komitees für Wirtschaftszusammenarbeit, das auch die Möglichkeiten der Allianzbildung und strategischen Kooperation von Unternehmen beider Seiten energisch auslotet, deutsche Unternehmen zur Beteiligung am Sechsjahresplan unterstützt und damit auch Technologietransfer fördert, und beiderseitig die geographische Lage zur Gründung von Operationszentren für die Erschließung des asiatisch-pazifischen und des europäischen Marktes ausnutzt;
- Verstärkung der bilateralen technischen Zusammenarbeit. Deutschland erklärt sich bereit, im Rahmen der gegenwärtigen Programme für Zusammenarbeit 40 Stipendien an Taiwan für das Erlernen von Industriedesign, Systemintegration, Normenverfahren und Umweltschutz zu vergeben;
- Ermutigung und Unterstützung gegenseitiger Investitionen;
- Übereinstimmung, direkte Flugverbindungen beider Seiten im Hinblick auf die Wirtschaftsvorteile möglichst schnell aufzunehmen;
- Taiwans Bereitschaft, mit der EG die Möglichkeit der Unterzeichnung eines Vertrages für den Schutz geistigen Eigentums zu erörtern.

Nach taiwanesischen Pressemeldungen hat Möllemann keinen Hehl daraus gemacht, daß seine Taiwanreise ein "offizieller Besuch" sei. Aber er betonte zugleich, daß Deutschland nicht beabsichtige, den Status quo seiner Chinapolitik zu ändern, d.h. es bleibe bei Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen mit Beijing und keine diplomatischen Beziehungen zu Taipei. Es sei kein Widerspruch, mit beiden Seiten der Taiwan-Straße Kontakte zu haben, meinte er. In bezug auf die Aufnahme der Luftverbindungen äußerte er im Gespräch mit Ministerpräsident Hao die Hoffnung, daß man in nicht allzu ferner Zukunft direkt von Deutschland nach Taiwan wird fliegen können, wie er schon diesmal mit einer Sondermaschine der Lufthansa geflogen sei. Am 19. November gab sich der Verkehrsminister der Taipeier Regierung, Jian Youxin, nach einer weiteren Verhandlung mit dem deutschen Staatssekretär Gröbl optimistisch, daß der Luftverkehr zwischen Taiwan und

Deutschland voraussichtlich schon im kommenden Frühjahr aufgenommen werden könne. (LHB und ZYRB, 18.21.11.92; FCJ, 20.11.92)

Die deutsche ICE-Gruppe der AEG, die im letzten Jahr bereits ein Büro in Taiwan gegründet hat, will sich zusammen mit einigen taiwanesischen großen Firmen am Wettbewerb um den obengenannten gigantischen Bauauftrag der Hochgeschwindigkeitsbahn beteiligen. Zudem ist sie bereit, die notwendige Produktionstechnologie zu stellen und die erforderlichen Bauteile für den Bedarf in der asiatisch-pazifischen Region in Taiwan herzustellen. Ihre Chancen stehen daher nicht schlecht. (Jinji Ribao, Taipei, 15.11.92) Ein bereits bestehendes deutsch-taiwanesisches Konsortium will für die Erschließung von zwei Industriezonen mit einer Gesamtfläche von 2.780 ha 68 Mrd.NT\$ (4,25 Mrd.DM) investieren. An dem Joint Venture haben sechs deutsche Firmen unter der Leitung der Ed Zublin AG. einen Anteil von 30% und das taiwanesisches Unternehmen Ke Ding Development & Construction den Restanteil. Falls das Projekt von der Regierung genehmigt wird, könnten die Bauarbeiten, die sechs Jahre andauern sollen, im kommenden Jahr beginnen. Taiwan hat z.Z. 50 von der Regierung geförderte und eine Anzahl privat gegründeter Industriezonen. Vor den deutschen hat es nach Angaben der Regierung und dem Konsortium zufolge noch keine ausländischen Investitionen dieser Art in Taiwan gegeben. (IHT, 7./8.11.92)

Ferner plant die Bayer AG. 400 Mio. US\$ in den Bau einer Fabrik zur Herstellung von jährlich 30.000 t synthetischen Polymeren zu investieren - 30% der Produktion würden exportiert werden. Auch dies wurde von der Investitionskommission des Wirtschaftsministeriums als die größte ausländische Investition seit Jahren bezeichnet. (IHT, 5.11.92)

Bislang sind etwa 70 deutsche Industrie- und Handelsfirmen in Taiwan präsent. Ihr gesamtes Investitionsvolumen lag Ende 1991 bei rd. 232 Mio. US\$. Umgekehrt waren etwa 100 taiwanesisches Unternehmen vor allem in den alten Bundesländern vertreten und hatten dort 17 Mio.US\$ angelegt. Angesichts der zunehmenden gegenseitigen Investitionen verhandeln beide Seiten auch über ein Abkommen zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen. (NfA, 20.11.92) In den ersten Monaten 1992 betrug das bilaterale

Handelsvolumen 6,2 Mrd.US\$, wovon 3,2 Mrd.US\$ auf Taiwans Importe aus und 2,9 Mrd.US\$ auf Exporte nach Deutschland entfielen. (ZYRB, 18.11.92) -ni-

*(42)

Vertrag zum Kauf von 60 französischen Mirage-Kampfflugzeugen unter Dach und Fach

Eine Woche nach der Unterzeichnung des Vertrages über den Erwerb von 150 US-Kampfflugzeugen F-16 im Wert von 5,8 Mrd.US\$ hat Taiwan am 18.November Presseberichten zufolge auch einen Vertrag für den Kauf von 60 französischen Kampfflugzeugen des Typs Mirage 2000-5 einschließlich von 1.500 Luft-Luft-Raketen MICA und Magic-2 für Mittel- bzw. Kurzstrecken im Gesamtwert von 3,5 Mrd.US\$ mit den Herstellern Dassault Aviation, SNECMA, Thomson und Matra SA. abgeschlossen. Im Hinblick auf die Reaktion von Beijing wollen sowohl die Regierungen in Paris und Taipei als auch die beteiligten Firmen nach außen hin Stillschweigen bewahren. (LHB, CP, HAB, FT und IHT, 19.11.92; SZ, 14./15. u. 19.11.92)

1990 hatte Paris auf Druck von Beijing hin einen bereits ausgehandelten Liefervertrag von sechs Fregatten der La Fayette-Klasse an Taiwan rückgängig gemacht, dann aber Mitte 1991 angesichts des Auftragsmangels in der Rüstungsindustrie infolge der Beendigung der Ost-West-Konfrontation die Lieferung der Kriegsschiffe ohne Waffensysteme im Wert von 2 Mrd.US\$ stillschweigend gebilligt. Im August d.J. wurde unter Einwilligung von Präsident François Mitterrand eine Absichtsvereinbarung über das Mirage-Geschäft zwischen Taiwan und Dassault unterzeichnet. Da jedoch Anfang September 1992 US-Präsident George Bush aus wahltaktischen Gründen überraschend seine Entscheidung zur Lieferung von F-16 der defensiven Type A und B an Taiwan durch die ebenfalls in einer Finanzkrise steckende US-Firma General Dynamic in Texas erklärte und seine Regierung Taiwan unter Druck setzte, sich vom Kauf der französischen "offensiven" Kampfflugzeuge Mirage 2000-5 zurückzuhalten, verschob Taiwan die Unterzeichnung des Vertrages mit den Franzosen, die ursprünglich für September 1992 vorgesehen worden war.

Taiwan versucht bislang, von den USA statt der defensiven Kampfflugzeuge F-16 A, B die offensiven F-16 C, D zu

bekommen. Offenbar entschied sich Taiwan schließlich, nachdem die USA seinen Wunsch nicht erfüllt hatten, doch den Mirage 2000-5-Kaufvertrag 2000-5 mit den Franzosen zu unterzeichnen. Wahrscheinlich ist es auch kein Zufall, daß dieser Vertrag noch vor dem bevorstehenden Amtswechsel im Weißen Haus geschlossen wurde, denn es ist damit zu rechnen, daß der neue US-Präsident Bill Clinton nach seinem Amtsantritt zur Verbesserung der Beziehungen Washingtons zu Beijing den Druck auf Taiwan weiter verschärfen werde, um es vom Kauf der offensiven französischen Kampfflugzeuge abzuhalten. Für Taiwan dient das Geschäft mit den Franzosen politisch dazu, seine Waffenabhängigkeit von den USA abzubauen, obwohl der Stückpreis einer Mirage 2000-5 mit 43 Mio.US\$ (nach Abzug eines Rabatts von 20%) und die Kosten der Einführung eines neuen Waffensystems (Training der Piloten, Ausbildung von anderen Fachkräften sowie Versorgung mit Ersatzteilen) hoch sind. Außerdem hofft man in Taiwan, daß andere europäische Staaten wie Deutschland und die Niederlande eventuell Frankreichs Beispiel folgen könnten.

Nach der Pressemeldung über die Unterzeichnung des Vertrages hat Beijings Vizeaußenminister Tian Zengpei am 26.November den französischen Botschafter Claude Martin ins Außenministerium zitiert und Paris aufgefordert, die Entscheidung über die Lieferung der Mirage-Kampfflugzeuge an Taiwan rückgängig zu machen. Die chinesische Regierung sei "in hohem Maße bestürzt und entrüstet", daß die französische Seite trotz "wiederholter ernster Verhandlungen und scharfer Proteste der chinesischen Regierung" auf Unterzeichnung des Liefervertrages beharrt habe, sagte Tian. Er warf Frankreich "grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten, schweren Eingriff in Chinas Souveränität und Störung und Unterminierung der friedlichen Wiedervereinigung Chinas" vor. Falls die französische Seite den "scharfen Protest" Chinas ignoriere, bliebe der chinesischen Seite nichts anderes übrig, als "scharf zu reagieren". Frankreich habe dafür die volle Verantwortung zu tragen, warnte der chinesische Vizeaußenminister. Er ließ allerdings offen, welche Maßnahmen China ergreifen würde. (DGB und NZZ, 28.11.92; FAZ und SZ, 27.11.92)

Vor zehn Jahren hatte Beijing die Beziehungen zu den Niederlanden aus Protest gegen die Lieferung von zwei

U-Booten an Taiwan auf die Geschäftsträger-Ebene herabgesetzt. Mit den gleichen Maßnahmen gegen die USA und Frankreich würde die VR China automatisch wieder tief in die Isolation zurücksinken, die sie sich durch die Niederschlagung der Demokratiebewegung 1989 eingehandelt hatte und von der sie sich bislang immer noch nicht ganz befreit hat. Auch Handelsbeschränkungen können zum Bumerang werden, da sie sich negativ auf Chinas Politik der Wirtschaftsöffnung auswirken würden. So hat es China nicht unterlassen, weiter US-Weizen (2 Mio.t) zu kaufen und keine Sistierung der Airbus-Bestellung in Frankreich vorgenommen. Beijing wird sicher weiter seine verbalen Warnungen an die Adresse der Amerikaner und Franzosen wiederholen oder mit ihnen verhandeln, denn die Lieferungen der F-16 und der Mirage 2000-5 sollen erst ab 1995 erfolgen. -ni-

*(43)

Rückkehr in GATT nach 21 Jahren

Am 4. November nahm eine Delegation aus Taiwan nach 21 Jahren Unterbrechung zum ersten Mal an der Ratssitzung des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) in Genf teil. 1971 wurde die Regierung Taipei aus der UNO ausgeschlossen, als diese Beziehungen mit Beijing aufnahm. Am 29. September d.J. erhielt Taipei nach 33 Monaten Verhandlungen zunächst wieder einen Beobachterstatus in der internationalen Handelsorganisation GATT, die mit der UNO-Familie verbunden ist, wodurch er berichtet ist, an GATT-Tagungen teilzunehmen. Aufgrund von Beijings Widerstand kann Taipei aber seinen offiziellen Namen "Republik China" beim GATT nicht verwenden, sondern muß die umständliche Sonderbezeichnung "Separate Customs Territory of Taiwan, Penghu, Kinmen and Matsu" und die Abkürzung davon "Chinese Taipei" hinnehmen.

An der GATT-Sitzung nahm Beijing, das sich ebenfalls um die Mitgliedschaft der Organisation bemüht, zunächst auch als Beobachter teil. Im Hinblick auf ihren Anspruch auf die Souveränität über Taiwan besteht die VR China darauf, vor Taipei die volle Mitgliedschaft des GATT zu bekommen. Pressemeldungen zufolge hat der Vorsitzende der GATT-Ratskonferenz, B.K. Zutshi, am 3. November von einem Konsensus gesprochen, demnach Beijing und Taipei gleichzeitig

der Handelsorganisation beitreten sollen. Die Entscheidung wird erst gegen Ende 1993 fallen. -ni-

*(44)

Zwei weitere neue Kabinettsmitglieder ernannt

Nach dem Amtswechsel des Finanzministers im Oktober (s. C.a. Oktober 1992, Ü 40, S.705 f.) gab es weitere Fluktuationen in der Regierung im November. Das Kabinett billigte am 10. November den Rücktritt von Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong) als Vorsitzender des Komitees für Umweltschutz und Yu Yuxian (Yu Yu-hsien) als Vorsitzender des Komitees für Landwirtschaft. Zhao gab sein Amt auf, um für einen Sitz im Gesetzgebungs Yuan (Parlament) bei den Wahlen im Dezember 1992 zu kandidieren, während Yu wegen seiner Gesundheit aus dem Dienst ausschied. Zum neuen Vorsitzenden des Komitees für Umweltschutz wurde Zhang Longsheng (Chang Lung-sheng, 52) und zum neuen Vorsitzenden des Komitees für Landwirtschaft Sun Mingxian (Sun Ming-hsien, 55) ernannt. Vor ihrer neuen Ernennung war Zhang stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Wirtschaftsaufbau und Entwicklung des Exekutiv Yuan und Sun Direktor der Abteilung für Landwirtschaft der Provinzregierung Taiwan. -ni-

Hongkong

*(45)

Eskalation des Streits zwischen Beijing und Hongkongs Gouverneur Patten

Der Streit um die politische Reform in Hongkong vor der Übergabe der britischen Kolonie an China im Jahre 1997 zwischen dem neuen Gouverneur Chris Patten und der Regierung Beijing, der Ende Oktober ausgelöst worden war (s. dazu C.a., Okt. 1992, Ü 42, S.706 f.), weitete sich weiter aus. Das parlamentarische Organ der Hongkonger Regierung, der "Legislative Council" (Legco), hatte am 11. November mit einer Mehrheit von 32 gegen 21 Stimmen in einem Beschluß den Reformplan des Gouverneurs befürwortet. (FT, 12.11.92; DGB, 13.11.92) Darüber hinaus erhielt der

Gouverneur Unterstützung aus Kanada, den USA, Australien, Japan und vor allem aus dem Mutterland Großbritannien. (FEER, 3.12.92) Auf der chinesischen Seite wurde die Kampagne gegen Patten ebenfalls weiter verschärft. Man warf ihm Mißbrauch der Demokratie vor und bezeichnete ihn als Betrüger, Kolonialisten und Imperialisten, der Hongkong von China unabhängig machen wolle. Bei seinem Besuch in London drohte der chinesische Vizeministerpräsident Zhu Rongji an, China werde die 1984 getroffene sino-britische Vereinbarung über Hongkong nicht mehr respektieren und einen eigenen Weg einschlagen, falls Patten seinen Reformplan nicht zurückziehe. (DGB, 18.11.92; FT, 17.11.92)

Da Beijing nicht bereit ist, mit Patten zu verhandeln, hat die Hongkonger Regierung ohne Konsultation der chinesischen Seite zwei Großaufträge vergeben, und zwar für den Bau eines neuen Containerhafens "Terminal 9" (Jahreskapazität 1,2 Mio.TEU) mit Investitionskosten in Höhe von 1 Mrd. US\$ sowie für die Aufschüttung des Flughafengeländes (Plattform) mit Kosten in Höhe von 1,16 Mrd. US\$. (NfA, 11. u. 26.11.92) Die chinesische Regierung drohte wiederum an, diese Verträge nach 1997 nicht anzuerkennen. (DGB, 21. u. 30.11.92) Daraufhin rutschten die Börsenkurse in Hongkong von Tag zu Tag drastisch ab.

Die Eskalation in den neuen sino-britischen Auseinandersetzungen hat inzwischen auch die Meinung unter der Bevölkerung tief gespalten. Die einheimischen chinesischen Großunternehmer, die mehr Wert auf Wirtschaftsstabilität als auf Demokratisierung legen, stehen Pattens politischem Reformplan zunehmend kritisch gegenüber, während die Mehrheit des Mittelstandes und der breiten Masse den Gouverneur weiter unterstützt. Das Legco, das - wie bereits erwähnt - am 11. November mit einer großen Mehrheit den Reformplan des Gouverneurs unterstützt hatte, hat am 27. November dem genannten ersten Großauftrag für den Flughafenbau nur mit einer knappen Mehrheit von 27 zu 25 zugestimmt. (DGB, 29.11.92) Meinungsumfragen ergaben, daß die Unterstützung Pattens in der Bevölkerung ebenfalls allmählich abnimmt. (LHB, 23.11.92; Jingji Ribao, Taiwan, 12.11.92) -ni-